

Der Aristoteles des schiitischen Islam – Eindrücke von einem Kant-Seminar in Teheran*

Hauke Brunkhorst

Der erste Eindruck. Trotz des israelischen Stempels im Paß gibt es keine Schwierigkeiten. Allerdings hatten unsere iranischen Freunde zuvor sichergestellt, daß die Visa in jedem Fall ausgestellt werden. Ein richtiges Drittwelt- oder Schwellenland scheint der Iran nicht zu sein, auch wenn die günstigen Wirtschaftsdaten nach wie vor fast ausschließlich dem Öl geschuldet sind. Zumindest Teheran (13 Millionen Einwohner auf zwei Ebenen von 1.200 bis 1.800 m) wirkt weniger elend in den unteren Etagen als Recife oder Rio oder auch Kalkutta. In der Oberstadt im Norden leben die Reichen, unten die Armen. Das Stadt-Land-Gefälle ist jedoch immens. Die weitgehend verstaatlichte Wirtschaft, die jetzt zu 30% privatisiert werden soll, hat vor allem mit einer gewaltigen Jugendarbeitslosigkeit, die inzwischen bei 30% liegt, zu kämpfen. Verursacht ist sie durch das ideologisch und bellizistisch induzierte Bevölkerungswachstum von 32 auf 70 Millionen seit der Iranischen Revolution 1979. Jetzt werden viel weniger Kinder in die Welt gesetzt als zur Zeit des 8-jährigen Irak-Kriegs. Das Land hat wie Deutschland 1920 einen (in den Verlusten und Verletzungen vergleichbaren) jahrelangen Stellungskrieg auch mit chemischen Waffen und eine relativ unblutige, aber vollständige und tief in die Kultur einschneidende Revolution hinter sich. Nur in umgekehrter Reihenfolge, und der Krieg ging auch nicht verloren.

Am ersten Tag Besuch des Menschenrechtszentrums der Universität Teheran. Am Ein-

gang der Universität auf den Boden gemalt die israelische und amerikanische Flagge, für rituelle Flaggenverbrennungen. Das Menschenrechtszentrum heißt auch so und arbeitet dem Vernehmen nach ohne größere Behinderung durch die Behörden. In den Regalen stehen unsere Bücher. Die Leiterin, eine Frau, Nasim Mosaffa, Professorin der Rechte, berichtet vom größten Erfolg der letzten Zeit. Die Todesstrafe für Kinder ist gerade abgeschafft worden. Auch Amnesty hat den Iran für solche Fortschritte gelobt.

Veranstalter der Reise ist das Menschen-RechtsZentrum der Universität Potsdam im Verbund mit dem deutschen Auswärtigen Amt und dem iranischen Außenministerium. Untergebracht sind wir im Gästehaus des Außenministeriums im Norden der Stadt, hart am Rand des Gebirges, das sich hier über 5000 m auftürmt. Es schneit soviel wie seit vierzig Jahren nicht mehr. Am Tag des größten Schneefalls bricht der Verkehr völlig zusammen. Als einmal für wenige Minuten die Sonne durchkommt, erscheint unmittelbar vor dem hinteren Fenster eine riesige Gebirgswand. Nach vorne raus ist man mitten in der Stadt. Teilnehmer der Konferenz sind Philosophen, Juristen, Soziologen, Politikwissenschaftler aus beiden Ländern. Mit Publikum etwa 80 Personen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Aus dem Publikum kommen Wortmeldungen und Diskussionsbeiträge. Sichtbare Behinderungen sind nicht erkennbar. Trotzdem wirkt das Ganze halböffentlich, kleiner Rahmen. Wie die Veranstaltung bekannt gemacht wurde, wissen wir nicht. Zur Eröffnung ist das Fernsehen da. Thema der Konferenz ist: *Kant-Seminar: Peace through Justice?* Die letzte nachlaufende Veranstaltung zum 200. Todestag Kants.

* Am 6./7. Februar 2005 fand ein vom MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam mitorganisiertes Kolloquium in Teheran statt. Der Verfasser, Professor für Soziologie an der Universität Flensburg, war Mitglied der deutschen Delegation.

Der erste Tag der Konferenz wird eröffnet durch den deutschen Gesandten, den einflussreichen *speaker of parliament* und den Stellvertretenden Außenminister der iranischen Regierung. Ort des Geschehens ist das *Institute for Political and International Studies* im Außenministerium. Es liegt ganz in der Nähe des Gästehauses im Norden der Stadt, weit weg von der Universität. Geleitet wird das Institut derzeit von Vertretern eines radikalen Reformkurses. Interessant ist die Rolle Kants im Iran. Kant gilt als mit Abstand größter Philosoph, beherrscht die Curricula und spielt im schiitischen Islam ungefähr dieselbe Rolle wie Aristoteles im klassischen Katholizismus. Der *speaker of parliament*, Gholam-Ali Haddad Adel, der vor den laufenden Kameras gleich dreimal die Achtung der Menschenrechte als höchsten Wert der Islamischen Republik Iran bezeichnet, nennt die Revolution von 1979 „a Kantian revolution“. Ähnlich der stellvertretende Außenminister. Die Brückenformel zwischen dem religiös eher unmusikalischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts und den schiitischen Islamisten lautet: „Kant was a believer in God“, und Kant sei wie die Islamische Republik gegen den Materialismus und für die friedliche Koexistenz der monotheistischen Religionen, außerdem betone er die dem göttlichen Geschöpf eingeborenen Vernunftideen, die aber – wie bei Aristoteles in der Hochscholastik – auch von Gott nicht mehr geändert werden könnten. Der Gott der Schiiten ist kein Deizisionist. Die Toleranz-Formel verdeckt freilich das heikle Thema Religion/Staat ebenso wie die Unterdrückung nichtmonotheistischer Bekenntnisse oder atheistischer und materialistischer Meinungen, deren Freiheit dem Königsberger Philosophen weit wichtiger war als die der Religionen.

Das wissenschaftliche Streit- und Meinungsspektrum ist trotzdem kaum schmaler als bei uns. Damit hatten wir nicht gerechnet. Die Iraner untereinander diskutieren kontrovers und offen. Auf dem letzten *panel* sitzt ein konservativer Ajatollah und – mit westlichem Schlipps und westlicher Glattra-sur – der ganz laizistisch argumentierende

Soziologe Ghasem Eftechari, eine einflussreiche Figur der reformistischen Opposition. Er wird scharf angegriffen, aber auch verteidigt. Die akademische Redefreiheit wird jedoch in der Lehre überwacht. Die Einstellung der Professoren ist, wie uns die Leiterin des Menschenrechtszentrums erklärt, an Loyalität zum Islam gebunden.

Draußen in der Stadt wenig Propaganda. Die einzige Massierung anti-amerikanischer, antisemitischer und antiarabischer Ressentiments in dem Propagandamuseum, in das die verlassene amerikanische Botschaft inzwischen verwandelt worden ist. In den Geschäften und auf den Märkten außer relativ wenigen Bildern der politischen Führer – auch der Opposition – fast nichts. Man kann überall CNN etc. sehen. In einem gut besuchten, großen Restaurant laufen pausenlos Werbefilme über einen Großbildschirm. Schweizer Kühe und Fremdenverkehrsverein. Autorennen. Und immer wieder eine Luftwaffenschau der US-Navy, auf Breitwand das Sternenbanner. Keiner scheint es zu registrieren.

Schwierig ist die Meinungsfreiheit einzuschätzen. Offen und bisweilen kritisch berichten die vielen englischsprachigen Blätter Teherans über die Fundamentalisten, Konserverativen und Rechten in der Regierung. Es ist Wahlkampf und keineswegs ein Scheinwahlkampf. Am zweiten Tag der Konferenz wird ein oppositioneller Ajatollah, der für die Trennung von Religion und Staat eingetreten war, aus langjähriger Gefängnishaft entlassen. Die Zeitungen zelebrieren seine Freilassung.

Die Verfassung der Islamischen Republik erinnert mich stark an den deutschen, französischen (bonapartistischen) und englischen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts. Eine dualistische Verfassung mit demokratisch gewähltem Parlament, einem direkt gewählten Präsidenten, der sich freilich die Exekutivgewalt mit dem mächtigen Wächterrat, der halb parlamentarisch, halb durch die theokratische Revolutionsführung bestimmt ist, teilen muß. Der Wächterrat hat das Vetorecht gegen parlamenta-

rische Gesetze und macht in der Hälfte der Fälle davon Gebrauch.

Dann geht das Gesetz in eine Art Vermittlungsausschuß, wo ein Kompromiß zwischen den Machtgruppen gefunden werden muß: Islamische Konkordanzdemokratie. Die parlamentarisch ungebundene Exekutivmacht der theokratischen Revolutionsführung verfügt, wie bei Paul Laband, dem Staatsrechtler des Deutschen Kaiserreichs, der Monarch, über einen erheblichen, vom Recht freien Raum eigener Initiative. Das Wechselspiel von Regierung und Opposition funktioniert, auch wenn die religiöse Staatsführung wie bei den letzten Parlamentswahlen oft erheblich interveniert, Kandidaten vorselektiert und manipuliert. So kommt der in Teheran unbeliebte, aber bei den Konservativen einflußreiche *speaker of parliament*, Haddad Adel, der unsere Konferenz eröffnete, als 31. einer Teheraner Liste ins Parlament, obwohl nur die ersten 30 gewählt worden waren. Es wird extralegal nachgebessert, aber das findet sich in den parlamentarischen und gouvernementalen Gepflogenheiten des 19. Jahrhunderts, auch noch in der frühen Ära de Gaulles in ähnlich massiver Form. Das passive Wahlrecht ist überdies stark eingeschränkt. Das Wahlalter ist hoch und durch Erfolg im Bildungssystem meritokratisch konditioniert. Aber der Wahlkampf ist sichtbar und kontrovers.

Ins Bildungssystem hat das Regime ebenso stark investiert wie ins Bevölkerungswachstum. Immer mehr Frauen schließen ein Universitätsstudium ab, sind aber am Arbeitsmarkt massiv benachteiligt. Das Bildungsniveau ist in dem Land der Buchreligion hoch. Hier liegt neben der Jugendarbeitslosigkeit eine der Hauptquellen, aus denen sich die Abkehr und in Zukunft vielleicht die Rebellion gegen die islamistisch kujonierte Republik speisen könnte und schon speist. Schon deshalb sollte den Ländern der Europäischen Union an Austauschprogrammen jeder Art gelegen sein.

Im Taxi und in der Stadt hört man immer wieder, die Amerikaner sollen kommen

„but peacefully.“ Antiamerikanismus und Antisemitismus haben wir aus unseren Gesprächen nicht heraushören können. Aber das war natürlich sehr selektiv. Die tiefstehenden Ressentiments gehen in diesem Land jedoch gegen die Araber. Eine Einstellung, die viele Iraner mit vielen Israelis teilen, ebenso wie das Interesse an regionaler Dominanz über die angrenzenden arabischen Länder. In vielleicht gar nicht so ferner Zukunft könnten sich Israel und der Iran die Hegemonie über die beiderseits ungeliebten, arabischen Nationen teilen.

Die Europäische Union hat hier tatsächlich jene Vorbildfunktion, von der unsere Verfassungs- und Europarechtler etwas zu blauäugig schwärmen. Nimmt man die halbwegs demokratischen oder halbdemokratischen Regimes der Region zusammen, dann könnten Israel, die Türkei, wenn er sich stabilisiert der Irak und der Iran beim Nachahmen des Vorbilds schon mal mit einem Kernorient anfangen. Das Ausmaß des Problems, das bei einer solchen Union zu lösen wäre, entspricht ziemlich exakt dem der deutsch-französischen Erbfeindschaft, die durch die EU gelöst wurde, aber erst nachdem der schrecklichste aller bisherigen Kriege mit der totalen Niederlage des Aggressors zu Ende gegangen war.

Die iranische Zivilgesellschaft entwickelt sich rasch, auch die religiös restringierte Kleidung liberalisiert sich. Die Hosen der Frauen werden immer kürzer und die Kleider und Umhänge figurbetont, die Absätze immer höher und die Schleier legen immer mehr blondgefärbte Stirnlocken und Strähnen frei. Manche sind weit zurückgeschoben und durchsichtig wie modische Accessoires. Die Sittenwächter sind aus der Stadt verschwunden, auch wenn die islamistische Repressionsmaschine immer noch hart und willkürlich zuschlagen kann. 100 Zeitungen werden verboten, 100 neue gegründet. Journalisten werden verfolgt, aber an Journalisten, die sich den Mund nicht verbieten lassen, scheint kein Mangel. Auch das wie in Deutschland, Frankreich oder den USA des 19. Jahrhunderts. Ein dichter werdendes Netzwerk von Nichtre-

gierungs- und Menschenrechtsorganisationen durchzieht das Land ebenso wie die politischen Klubs, Turnvereine und Geheimgesellschaften in den konstitutionalisierten Anstaltsstaaten des europäischen 19. Jahrhunderts.

Teheran ist das politische und soziale Zentrum des Landes, das wie das Paris des 19. Jahrhundert von einem „riesigen Kartoffelsack“ (Marx) der peripheren Landbevölkerung eingeschlossen wird. Hier hat das ursprünglich prophetisch-herrschaftskritische, egalitäre und sozialrevolutionäre, aber durch und durch autoritäre Regime der Mullahs seine Massenbasis. Ob sie ausreicht, um die Demokratie, die sich nicht mehr nur in der Riesenstadt entwickelt, zu stoppen, ist ungewiß.

Etwas anderes aber scheint gewiß. Als Shlomo Avineri mir vor einigen Jahren in Jerusalem sagte, das einzige demokratische Regime in der ganzen Umgebung Israels – von der Türkei einmal abgesehen – sei der Iran, war ich verblüfft, auch wenn es mir nach einigem Nachdenken einzuleuchten begann: Wechsel von Regierung und Opposition, allgemeine Wahlen, sogar aktives und passives Frauenwahlrecht usw. Die Reise nach Teheran hat das trotz des *roll backs* der letzten Jahre bestätigt. Verglichen mit einer wohl weniger repressiven, aber maroden Militärdiktatur wie Ägypten, das von innen her gar keine Perspektive einer eigenen Entwicklung zu Demokratie und Rechtsstaat zu haben scheint, ist der Iran das einzige islamische geprägte Land, das eine erfolgreiche, von den Islamisten radikalisierte und okkupierte, aber nicht besiegte Revolution im Rücken hat und aus eigener Kraft entwicklungsfähige und reformierbare oder – wie im Frankreich des 19. Jahrhunderts – ein weiteres Mal revolutionierbare Verfassungsinstitutionen hervorgebracht hat. In der ganzen Region gibt es – sieht man einmal vom Sonderfall der türkischen ‚Revolution von oben‘ ab, nur einen vergleichbaren Fall revolutionärer Neugründung: Israel.

Substantielle Sittlichkeit und Kommunitarismus sind in der Islamischen Republik Iran

offensichtlich keine Mangelware – auch wenn der radikale Fundamentalismus eher das Symptom einer sozialen Pathologie längst atomisierter Massen sein dürfte. Als wir am 26. Jahrestag der Revolution zum Rückflug aufbrachen, erscholl der Ruf „Allah“ auf dem Chomeni-Platz aus hunderttausend Kehlen. Zeichen *nicht nur* des Fundamentalismus, sondern auch Ausdruck einer sittlichen Substanz, die auch unsere Verfassungsinstitutionen brauchen, um ihre revolutionäre Dynamik nicht zu verlieren und schließlich zu veröden. Das brachte einen der deutschen Referenten, – statt wie andere deutsche Teilnehmer gelegentlich etwas selbstgerecht Minimalbedingungen demokratischer Rechtsstaatlichkeit aufzulisten – auf die Frage, was wir von der Iranischen Revolution lernen könnten. Wenn die säkularisierte Gesellschaft die Erfahrungssprache der Religion zum Verschwinden bringt, raubt sie den nicht verschwindenden Gläubigen die Möglichkeit politisch-öffentlicher Artikulation. Solche Artikulationsmöglichkeit ist aber eine wichtige Implikation unserer Freiheitsrechte und des Gleichheitsgrundsatzes. Die Sicherung gleicher Artikulationsbedingungen für religiös und theologisch motivierte Politik macht freilich schlagartig die umgekehrte Gefahr sichtbar. Der besondere Schutz religiöser Artikulationsfähigkeit darf nicht um den Preis des repressiv toleranten Verstummens aggressiver Religionskritik und die Privatisierung der Sprache und Artikulationsfähigkeit radikaler, materialistischer oder laizistischer Aufklärung und Ideologiekritik, die ebenso wie die religiöse Überlieferung zur Substanz der westlichen Moderne gehört, erkaufte werden. Nicht nur die religiösen, auch die säkularen Ressourcen, derer die Demokratie zum Überleben bedarf, können versiegen. Schon deshalb sollten wir mit dem Gerede von der „postsäkularen Gesellschaft“ (Paul Kirchhof) vorsichtig sein. Die funktional differenzierte *Gesellschaft* ist sowieso nicht postsäkular, und wenn unsere *Kultur* es wird, sollten wir um so argwöhnischer darauf achten, die Artikulationsfähigkeit postreligiöser Aufklärung zu schützen und zu erhalten.